

STATISTISCHES
BUNDESAMT
WIESBADEN

FACHSERIE A

BEVÖLKERUNG UND KULTUR

Reihe 1

Gebiet und Bevölkerung

V. Staatsangehörigkeit

1970



Bestellnummer: 200150 – 70

VERLAG W. KOHLHAMMER, STUTTGART UND MAINZ

I n h a l t

	Seite
Vorbemerkung	3
Tabellenteil	
1. Erwerb und Fortbestand der deutschen Staatsangehörigkeit durch Einbürgerungen und Erklärungen sowie Staatsangehörigkeitsurkunden für Deutsche 1970 nach Ländern	7
2. Aus der deutschen Staatsangehörigkeit entlassene Personen 1970 nach neuen Heimatstaaten sowie nach Ländern	7
3. Eingebürgerte Personen 1970 nach Rechtsgrund und Ländern	8
4. Erwerb und Fortbestand der deutschen Staatsangehörigkeit durch Erklärungen aufgrund des 2. und 3. StaRegG 1970 nach Ländern	10

Erschienen im Dezember 1972

Nachdruck - auch auszugsweise - nur mit Quellenangabe gestattet

Preis DM 1,-

V o r b e m e r k u n g

Der vorliegende Bericht enthält die Ergebnisse der Staatsangehörigkeitsstatistik für das Jahr 1970. Die Übersichten sind aufgrund der Erhebungen der Innenminister und -senatoren der Länder und des Bundesverwaltungsamtes zusammengestellt worden.

In den Tabellen 1, 3 und 4 werden die Personen nachgewiesen, die die deutsche Staatsangehörigkeit durch Einbürgerung oder Erklärung erworben haben. Im Berichtsjahr 1970 erfolgten die Einbürgerungen überwiegend aufgrund einer der drei nachfolgend im Wortlaut wiedergegebenen Bestimmungen:

Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetz (RuStAG) vom 22. Juli 1913
(RGBl. S. 583), zuletzt geändert durch das Gesetz vom 8.9.1969
(BGBl. I S. 1581)

§ 8

Ein Ausländer, der sich im Inland niedergelassen hat, kann von dem Bundesstaat, in dessen Gebiete die Niederlassung erfolgt ist¹⁾, auf seinen Antrag eingebürgert werden, wenn er

1. nach den Gesetzen seiner bisherigen Heimat unbeschränkt geschäftsfähig sein würde oder der Antrag in entsprechender Anwendung des § 7 Abs. 2 Satz 2 von seinem gesetzlichen Vertreter oder mit dessen Zustimmung gestellt wird,
2. einen unbescholtenen Lebenswandel geführt hat,
3. an dem Orte seiner Niederlassung eine eigene Wohnung oder ein Unterkommen gefunden hat und
4. an diesem Orte sich und seine Angehörigen zu ernähren imstande ist.

Vor der Einbürgerung ist über die Erfordernisse unter Nr. 2 bis 4 die Gemeinde des Niederlassungsortes und, sofern dieser keinen selbständigen Armenverband²⁾ bildet, auch der Armenverband²⁾ zu hören.

1) Hinsichtlich der Zuständigkeit der Einbürgerungsbehörden siehe §§ 17 und 27 des Gesetzes zur Regelung von Fragen der Staatsangehörigkeit vom 22.2.1955.-

2) Jetzt "Träger der Sozialhilfe" gemäß Bundessozialhilfegesetz vom 30.6.1961 i.d.F. vom 18.9.1969.

Gesetz zur Regelung von Fragen der Staatsangehörigkeit (StaRegG)
vom 22. Februar 1955 (BGBI. I S. 65)

§ 6

(1) Wer aufgrund des Artikels 116 Abs. 1 des Grundgesetzes Deutscher ist, ohne die deutsche Staatsangehörigkeit zu besitzen, muß auf seinen Antrag eingebürgert werden, es sei denn, daß Tatsachen die Annahme rechtfertigen, daß er die innere und äußere Sicherheit der Bundesrepublik oder eines deutschen Landes gefährdet.

(2) Mit der Unanfechtbarkeit des die Einbürgerung ablehnenden Bescheides verliert der Antragsteller die Rechtsstellung eines Deutschen.

§ 9

(1) Ehegatten Deutscher sollen unter den Voraussetzungen des § 8 eingebürgert werden, wenn

1. Sie ihre bisherige Staatsangehörigkeit verlieren oder aufgeben und
2. Gewährleistet ist, daß sie sich in die deutschen Lebensverhältnisse einordnen,

es sei denn, daß der Einbürgerung erhebliche Belange der Bundesrepublik Deutschland, insbesondere solche der äußeren oder inneren Sicherheit sowie der zwischenstaatlichen Beziehungen entgegenstehen.

(2) Die Regelung des Absatzes 1 gilt auch, wenn die Einbürgerung bis zum Ablauf eines Jahres nach dem Tode des deutschen Ehegatten oder nach Rechtskraft des die Ehe auflösenden Urteils beantragt wird und dem Antragsteller die Sorge für die Person eines Kindes aus der Ehe zusteht, das bereits die deutsche Staatsangehörigkeit besitzt.

(3) Minderjährige stehen Volljährigen gleich.

§ 6 Abs. 1 RuStAG i.d.F. des Artikels I des Dritten Gesetzes zur
Regelung von Fragen der Staatsangehörigkeit - Dritten StaRegG -
vom 19. August 1957 (BGBI. I S. 1251)

"Eine Ausländerin, die mit einem Deutschen die Ehe schließt, hat einen Anspruch auf Einbürgerung, solange die Ehe besteht und der Ehemann die deutsche Staatsangehörigkeit besitzt. Endet die Ehe durch Tod oder wird sie ohne Verschulden der Ehefrau geschieden, so steht der Ehefrau der Anspruch auf Einbürgerung noch bis zum Ablauf eines Jahres nach dem Tode ihres Mannes oder nach Rechtskraft der schuldlosen Scheidung zu".

Durch das Gesetz zur Änderung des Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetzes vom 8. September 1969 (BGBl. I S. 1581), das am 1. Januar 1970 in Kraft getreten ist, sind § 6 RuStAG und das Dritte StaRegG vom 19. August 1957 aufgehoben worden ²⁾.

Bei den Einbürgerungen wird bzw. wurde ferner unterschieden nach:

1. Einbürgerungen aufgrund des § 13 RuStAG

Diese Vorschrift regelt die Wiedereinbürgerung von nicht im Inland lebenden ehemaligen Deutschen oder ihren Abkömmlingen

2. Einbürgerungen aufgrund der §§ 8, 9 und 11 des StaRegG vom 22. Februar 1955

Nach diesen Bestimmungen können bzw. müssen deutsche Volkszugehörige, die nicht Deutsche im Sinne des Grundgesetzes sind, unter bestimmten Voraussetzungen eingebürgert werden

3. Einbürgerungen aufgrund von § 12 des StaRegG vom 22. Februar 1955

Einen Anspruch auf Einbürgerung hatten früher deutsche Staatsangehörige, die im Zusammenhang mit Verfolgungsmaßnahmen aus politischen, rassistischen oder religiösen Gründen zwischen dem 30. Januar 1933 und dem 8. Mai 1945 vor Inkrafttreten dieses Gesetzes eine fremde Staatsangehörigkeit erworben haben, auch wenn sie ihren dauernden Aufenthalt im Ausland beibehalten haben. Bis zum 31. 12. 1970 stand auch den Abkömmlingen dieser Personen ein solcher Anspruch zu.

4. Einbürgerungen aufgrund von Artikel II Abs. 1 des Dritten StaRegG vom 19. August 1957

Diese Vorschrift gewährte einer Ausländerin, die zwischen dem 1. April 1953 und dem 24. August 1957 mit einem Deutschen die Ehe geschlossen hatte, einen Anspruch auf Einbürgerung; sie ist am 1.1.1970 außer Kraft getreten ²⁾.

5. Einbürgerungen aufgrund von Artikel 116 Abs. 1 Satz 1 des Grundgesetzes (GG) vom 23. Mai 1949 (BGBl. S. 1)

2) In den meisten Ländern konnten die bis zum 31.12.1969 gestellten Einbürgerungsanträge erst im Laufe des Jahres 1970 bearbeitet werden. Das erklärt den entsprechenden Nachweis in Tabelle 3 für das Berichtsjahr 1970 trotz Außerkrafttretens des Dritten StaRegG am 1.1.1970.

Die Vorschrift besagt, daß frühere deutsche Staatsangehörige, denen zwischen dem 30. Januar 1933 und dem 8. Mai 1945 die Staatsangehörigkeit aus politischen, rassistischen oder religiösen Gründen entzogen worden ist, und ihre Abkömmlinge auf Antrag wieder einzubürgern sind.

6. Einbürgerungen aufgrund von § 1 der Verordnung zur Regelung von Staatsangehörigkeitsfragen vom 20. Januar 1942 (RGBl. I S. 40)

Nach dieser Vorschrift kann ein Ausländer auch ohne Begründung einer Niederlassung im Inland eingebürgert werden.

Durch Erklärung wurde die deutsche Staatsangehörigkeit im Berichtsjahr 1970 fast ausschließlich aufgrund der Vorschrift des § 6 Abs. 2 RuStAG i.d.F. des Artikel I des Dritten StaRegG vom 19. August 1957 erworben. Nach dieser Bestimmung, die ebenso wie das Dritte StaRegG am 1.1.1970 außer Kraft getreten ist, konnte eine Ausländerin oder Deutsche ohne deutsche Staatsangehörigkeit (Art. 116 Abs. 1 GG) die deutsche Staatsangehörigkeit auch dadurch erwerben, daß sie bei der Eheschließung zu Protokoll des deutschen Standesbeamten erklärte, deutsche Staatsangehörige werden zu wollen ³⁾.

Das Zweite StaRegG vom 17. Mai 1956 (BGBI. I S. 431) regelt die Staatsangehörigkeitsfragen, die sich aus dem Anschluß Österreichs an das Deutsche Reich im Jahre 1938 ergeben haben, und gewährt bestimmten Personen das Recht auf rückwirkenden Erwerb bzw. Wiedererwerb der deutschen Staatsangehörigkeit durch Erklärung.

3) In einigen Ländern konnten die bis zum 31.12.1969 abgegebenen Erklärungen auf Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit erst im Laufe des Jahres 1970 bearbeitet werden. Das erklärt den entsprechenden Nachweis in Tabelle 4 für das Berichtsjahr 1970 trotz Außerkrafttretens des Dritten StaRegG am 1.1.1970.

1. Erwerb und Fortbestand der deutschen Staatsangehörigkeit durch Einbürgerungen und Erklärungen
sowie Staatsangehörigkeitsurkunden für Deutsche 1970 nach Ländern

Bearbeitende Dienststelle	Erwerb und Fortbestand der deutschen Staatsangehörigkeit durch				Staatsangehörigkeits- urkunden für Deutsche	
	Einbürgerungen		Erklärungen		insgesamt	darunter Staatsange- hörigkeits- ausweise
	insgesamt	darunter ausgestellte Einbürger- ungsur- kunden	insgesamt	darunter erteilte Ur- kunden über Erwerb oder Fortbestand		
Innenminister bzw. -senator des Landes, Bundesverwaltungsamt						
Schleswig-Holstein	210	139	-	-	2 404	2 186
Hamburg	722	577	-	-	3 401	2 641
Niedersachsen	807	616	-	-	3 840	3 353
Bremen	128	85	-	-	354	284
Nordrhein-Westfalen	3 867	2 851	-	-	7 606	6 024
Hessen	1 617	1 080	-	-	3 879	3 140
Rheinland-Pfalz	776	484	-	-	4 801	4 525
Baden-Württemberg	5 591	3 351	82	3	87 813	83 455
Bayern	3 476	2 214	4	12	159 791	156 269
Saarland	277	277	-	-	1 548	1 429
Berlin (West)	533	444	99	11	1 953	1 447
Bundesverwaltungsamt	582	529	22	-	1 641	1 641
Insgesamt	18 586	12 647	207	26	279 031	266 394

2. Aus der deutschen Staatsangehörigkeit entlassene Personen 1970 nach neuen
Heimatstaaten sowie nach Ländern

Neuer Heimatstaat	Aus der deutschen Staatsangehörigkeit entlassene Personen												durch Bundes- verwal- tungsamt
	ins- gesamt	Schles- wig- Hol- stein	Ham- burg	Nie- der- sach- sen	Bre- men	Nord- rhein- west- falen	Hes- sen	Rhein- land- Pfalz	Baden- wür- tem- berg	Bay- ern	Saar- land	Ber- lin (West)	
Belgien	75	-	-	7	-	20	1	4	3	1	-	5	34
Frankreich	6	-	-	-	-	1	1	-	1	-	1	2	-
Großbrit. u. Nordirl.	7	-	3	-	-	2	-	-	-	-	-	2	-
Italien	3	-	-	1	-	2	-	-	-	-	-	-	-
Luxemburg	91	-	1	6	-	9	5	45	-	2	13	1	9
Niederlande	11	-	-	4	-	6	-	-	-	-	-	1	-
Österreich	7	-	1	-	-	-	1	-	-	-	-	3	2
Polen	4	-	-	-	-	3	-	-	-	1	-	-	-
Schweiz	6	-	1	1	-	1	-	-	1	1	-	1	-
Ungarn	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Kanada	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Vereinigte Staaten von Amerika	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Staatenlos	18	-	-	-	-	18	-	-	-	-	-	-	-
Ungeklärt	1	-	-	-	-	-	1	-	-	-	-	-	-
Übrige	11	-	-	1	2	2	-	-	1	-	-	5	-
Insgesamt	240	-	6	20	2	64	9	49	6	5	14	20	45

3. Eingebürgerte Personen 1970

Personen- gruppe 1)	Einbürgerung und zwar auf Grund										
	ins- gesamt	§ 8	§ 9	§ 13	§ 1 der VO vom 20.1.42 -RGBL.I S. 40-	Art. 116 Abs. 2 Satz 1 GG	§ 6	§ 8	Abs. 1	Abs. 2	§ 11
		RuStAG				des (1.) StaRegG vom					
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
Schleswig-											
Männer	73	40	7	-	1	1	20	3	-	-	-
Frauen	71	15	3	-	-	1	15	2	-	-	-
Jugendliche	10	-	-	-	-	-	9	1	-	-	-
Jugendl.u.Heranzwachs.	56	54	-	1	1	-	-	-	-	-	-
Zusammen	210	109	10	1	2	2	44	6	-	-	-
Ham-											
Männer	286	150	25	4	-	12	85	3	1	-	-
Frauen	225	98	5	4	2	18	81	5	-	-	-
Jugendliche	47	-	-	-	-	-	41	6	-	-	-
Jugendl.u.Heranzwachs.	164	156	-	-	-	8	-	-	-	-	-
Zusammen	722	404	30	8	2	38	207	14	1	-	-
Nieder-											
Männer	261	126	35	-	1	8	90	1	-	-	-
Frauen	261	150	2	1	1	9	97	1	-	-	-
Jugendliche	83	-	-	-	-	-	83	-	-	-	-
Jugendl.u.Heranzwachs.	202	202	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Zusammen	807	478	37	1	2	17	270	2	-	-	-
Bre-											
Männer	48	25	9	-	-	2	11	-	-	-	-
Frauen	36	12	-	1	-	1	13	-	-	-	-
Jugendliche	15	-	-	-	-	-	14	-	-	-	-
Jugendl.u.Heranzwachs.	29	29	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Zusammen	128	66	9	1	-	3	38	-	-	-	-
Nordrhein-											
Männer	1 393	759	145	-	1	16	447	5	2	-	-
Frauen	930	304	3	4	-	18	433	3	-	-	-
Jugendliche	399	-	-	-	-	-	386	3	-	-	-
Jugendl.u.Heranzwachs.	1 145	1 106	21	2	-	13	-	-	3	-	-
Zusammen	3 867	2 169	169	6	1	47	1 266	11	5	-	-
Hes-											
Männer	579	251	23	1	-	23	265	3	2	-	-
Frauen	478	141	3	4	1	21	239	3	4	-	-
Jugendliche	202	-	-	-	-	-	193	3	-	-	-
Jugendl.u.Heranzwachs.	358	327	11	2	-	18	-	-	-	-	-
Zusammen	1 617	719	37	7	1	62	697	9	6	-	-
Rheinland-											
Männer	271	118	34	-	-	7	104	7	1	-	-
Frauen	194	59	-	4	-	7	83	3	1	-	-
Jugendliche	93	-	-	-	-	-	87	6	-	-	-
Jugendl.u.Heranzwachs.	218	213	-	-	-	5	-	-	-	-	-
Zusammen	776	390	34	4	-	19	274	16	2	-	-
Baden-											
Männer	2 125	335	166	1	-	18	1 560	34	-	1	-
Frauen	1 575	179	17	5	-	11	1 231	24	-	1	-
Jugendliche	1 210	-	-	-	-	-	1 184	26	-	-	-
Jugendl.u.Heranzwachs.	681	523	150	3	-	5	-	-	-	-	-
Zusammen	5 591	1 037	333	9	-	34	3 975	84	-	2	-
Bay-											
Männer	1 280	404	111	11	-	4	705	20	9	1	-
Frauen	1 013	220	10	4	-	2	595	12	5	1	-
Jugendliche	598	-	-	-	-	-	587	8	-	-	-
Jugendl.u.Heranzwachs.	585	502	76	6	-	-	-	-	1	-	-
Zusammen	3 476	1 126	197	21	-	6	1 887	40	15	2	-
Saar-											
Männer	87	57	13	1	-	-	15	1	-	-	-
Frauen	66	35	4	-	-	1	15	-	-	1	-
Jugendliche	12	-	-	-	-	-	11	1	-	-	-
Jugendl.u.Heranzwachs.	112	112	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Zusammen	277	204	17	1	-	1	41	2	-	1	-
Berlin											
Männer	226	87	15	-	-	51	58	-	-	-	-
Frauen	166	69	10	6	2	21	43	-	-	-	-
Jugendliche	22	-	-	-	-	-	20	-	-	-	-
Jugendl.u.Heranzwachs.	119	107	-	-	-	12	-	-	-	-	-
Zusammen	533	263	25	6	2	84	121	-	-	-	-
Bundesver-											
Männer	112	-	-	5	22	49	1	-	12	11	-
Frauen	442	-	-	9	21	37	1	-	19	9	-
Jugendliche	5	-	-	-	-	-	-	-	-	2	-
Jugendl.u.Heranzwachs.	23	-	-	2	2	15	-	-	4	-	-
Zusammen	582	-	-	16	45	101	2	-	35	22	-
Insges-											
Männer	6 741	2 352	583	23	25	191	3 361	77	27	13	-
Frauen	5 457	1 282	57	42	27	147	2 846	53	29	12	-
Jugendliche	2 696	-	-	-	-	-	2 615	54	-	2	-
Jugendl.u.Heranzwachs.	3 692	3 331	258	16	3	76	-	-	8	-	-
Insgesamt	18 586	6 965	898	81	55	414	8 822	184	64	27	-

*) Bearbeitende Dienststellen: Innenminister bzw. -senatoren der Länder, Bundesverwaltungsamt.

1) Jugendliche sind Minderjährige, die das 18. Lebensjahr, Jugendliche und Heranzwachsene solche, die das 21. Lebensjahr noch nicht vollendet haben. - 2) I.d.F. des Art. III des 3. StaRegG v. 19.8.1957. - 3) Vgl. Vorbemerkung, Fußnote 2).

nach Rechtsgrund und Ländern *)

rungen von	Von den Einbürge- rungen waren				Von den Eingebürgerten waren			Personen- gruppe 1)	
	§ 12 ²⁾	§ 6 Abs. 1 RuStAG (i.d.F.d. Art. 1 des 3. StaRegG)	Art. II Abs. 1 des 3. StaRegG	Ermessens- Anspruchs- einbürgerungen		frühere deutsche Staats- ange- hörige	heimatlose Ausländer nach dem 25.4.1951- BGBl. I S. 269)		ausländische Flüchtlinge nach dem 28.7.1951- BGBl. II/53 S. 559 -
				Spalten 2,3,4,5 und 9	Spalten 6-8 und 10 - 14				
12	13	14	15	16	17	18	19		
Holstein									
1	-	-	48	25	2	9	6	Männer	
1	34	-	18	53	7	2	1	Frauen	
-	-	-	-	10	-	-	-	Jugendliche	
-	-	-	56	-	-	6	2	Jugendl.u.Heranzwachs.	
2	34	-	122	88	9	17	9	Zusammen	
burg									
6	-	-	180	106	68	57	16	Männer	
4	8	-	109	116	103	32	3	Frauen	
-	-	-	-	47	-	-	-	Jugendliche	
-	-	-	156	8	8	39	10	Jugendl.u.Heranzwachs.	
10	8	-	445	277	179	128	29	Zusammen	
sachsen									
-	-	-	162	99	11	18	4	Männer	
-	-	-	154	107	24	6	1	Frauen	
-	-	-	-	83	3	-	-	Jugendliche	
-	-	-	202	-	-	7	3	Jugendl.u.Heranzwachs.	
-	-	-	518	289	38	31	8	Zusammen	
men									
1	-	-	34	14	8	1	-	Männer	
-	9	-	13	23	9	1	-	Frauen	
1	-	-	-	15	-	-	-	Jugendliche	
-	-	-	29	-	1	2	-	Jugendl.u.Heranzwachs.	
2	9	-	76	52	18	4	-	Zusammen	
Westfalen									
18	-	-	907	486	55	66	65	Männer	
7	156	2	311	619	101	29	32	Frauen	
10	-	-	-	399	7	-	-	Jugendliche	
-	-	-	1 132	13	7	51	30	Jugendl.u.Heranzwachs.	
35	156	2	2 350	1 517	170	146	127	Zusammen	
sen									
11	-	-	277	302	32	59	162	Männer	
2	60	-	153	325	47	34	133	Frauen	
6	-	-	-	202	-	-	-	Jugendliche	
-	-	-	340	18	31	39	96	Jugendl.u.Heranzwachs.	
19	60	-	770	847	110	132	391	Zusammen	
Pfalz									
-	-	-	153	118	10	28	11	Männer	
-	36	1	64	130	20	23	9	Frauen	
-	-	-	-	93	-	-	-	Jugendliche	
-	-	-	213	5	5	40	19	Jugendl.u.Heranzwachs.	
-	36	1	430	346	35	91	39	Zusammen	
Württemberg									
10	-	-	502	1 623	66	65	37	Männer	
9	98	-	201	1 374	99	34	10	Frauen	
-	-	-	-	1 210	3	-	-	Jugendliche	
-	-	-	676	5	5	55	25	Jugendl.u.Heranzwachs.	
19	98	-	1 379	4 212	173	154	72	Zusammen	
ern									
15	-	-	535	745	50	143	77	Männer	
7	156	1	239	774	131	61	44	Frauen	
3	-	-	-	598	4	-	-	Jugendliche	
-	-	-	585	-	2	102	25	Jugendl.u.Heranzwachs.	
25	156	1	1 359	2 117	187	306	146	Zusammen	
land									
-	-	-	71	16	7	1	7	Männer	
-	9	1	39	27	21	-	2	Frauen	
-	-	-	-	12	-	-	-	Jugendliche	
-	-	-	112	-	-	-	5	Jugendl.u.Heranzwachs.	
-	9	1	222	55	28	1	14	Zusammen	
(West)									
15	-	-	102	124	78	4	2	Männer	
15	-	-	87	79	54	8	3	Frauen	
2	-	-	-	22	-	-	-	Jugendliche	
-	-	-	107	12	-	6	1	Jugendl.u.Heranzwachs.	
32	-	-	296	237	132	18	6	Zusammen	
waltungsamt									
12	-	-	39	73	52	-	-	Männer	
19	309	18	49	393	39	-	-	Frauen	
3	-	-	-	5	-	-	-	Jugendliche	
-	-	-	8	15	-	-	-	Jugendl.u.Heranzwachs.	
34	309	18	96	486	91	-	-	Zusammen	
samt									
89	-	-	3 010	3 731	439	451	387	Männer	
64	875	23	1 437	4 020	655	230	238	Frauen	
25	-	-	-	2 696	17	-	-	Jugendliche	
-	-	-	3 616	76	59	347	216	Jugendl.u.Heranzwachs.	
178	875	23	8 063	10 523	1 170	1 028	841	Insgesamt	

4. Erwerb und Fortbestand der deutschen Staatsangehörigkeit durch Erklärungen auf Grund des 2. und 3. StaRegG 1970 nach Ländern*)

Personen- gruppe 1)	Erklärungen auf Grund			Erteilte Urkunden	
	des 2. StaRegG vom 17.5.1956	von		über den	
		§ 6 Abs.2 RuStAG (i.d.F.des Art. I des 3. StaRegG) ²⁾	Art.II Abs. 2 des 3.2) StaRegG	Erwerb der deutschen Staatsan- gehörigkeit (§§ 3-5)	Fortbestand d. deut. Staatsange- hörigkeit (§ 6)
				des 2. StaRegG	
Baden-Württemberg					
Männer	2	-	-	2	-
Frauen	1	82	1	1	-
Jugendliche	-	-	-	-	-
Jugendliche und Heranwachsende	-	-	-	-	-
Zusammen	3	82	1	3	-
Bayern					
Männer	6	-	-	6	-
Frauen	3	4	-	3	-
Jugendliche	3	-	-	3	-
Jugendliche und Heranwachsende	-	-	-	-	-
Zusammen	12	4	-	12	-
Berlin (West)					
Männer	7	-	-	7	-
Frauen	4	99	-	4	-
Jugendliche	-	-	-	-	-
Jugendliche und Heranwachsende	-	-	-	-	-
Zusammen	11	99	-	11	-
Bundesverwaltungsamt					
Männer	-	-	-	-	-
Frauen	-	22	-	-	-
Jugendliche	-	-	-	-	-
Jugendliche und Heranwachsende	-	-	-	-	-
Zusammen	-	22	-	-	-
Insgesamt					
Männer	15	-	-	15	-
Frauen	8	207	1	8	-
Jugendliche	3	-	-	3	-
Jugendliche und Heranwachsende	-	-	-	-	-
Insgesamt	26	207	1	26	-

*) Bearbeitende Dienststellen: Innenminister bzw. -senatoren der Länder, Bundesverwaltungsamt; in Schleswig-Holstein, Hamburg, Niedersachsen, Bremen, Nordrhein-Westfalen, Hessen, Rheinland-Pfalz und im Saarland keine Fälle.

1) Jugendliche sind Minderjährige, die das 18. Lebensjahr, Jugendliche und Heranwachsende solche, die das 21. Lebensjahr noch nicht vollendet haben. - 2) Vgl. Vorbemerkung, Fußnote 3).